

Russland greift weiter massiv an

Viele Explosionen reißen die Menschen in Kiew aus dem Schlaf.

KIEW. Bei neuen russischen Angriffen auf die Ukraine sind örtlichen Angaben zufolge in der Nacht zum Mittwoch mindestens sieben Menschen getötet und zahlreiche weitere verletzt worden. Bei einem Angriff mit Fliegerbomben auf die Stadt Mykolajiw seien eine Mutter und ihre Tochter gestorben, erklärte Regionalgouverneur Vitali Kim. Zwei Menschen wurden Behördenangaben zufolge in der nordöstlichen Region Charkiw getötet, sowie zwei weitere in der südlichen Region Cherson. Überall wurden weitere Menschen verletzt wie auch in der Region Dnipropetrowsk und in Saporischschja. Auch die Hauptstadt Kiew wurde am Morgen von einer Serie von Explosionen erschüttert. Korrespondenten der Nachrichtenagentur AFP berichteten von einer starken Detonation noch vor Ertönen der Luftschuttsirenen. Laut Bürgermeister Vitali Klitschko wurde ein Mensch getötet. Die ukrainische Armee ihrerseits hat Russland erneut mit Drohnenangriffen bis tief ins Hinterland überzogen, sie zielte dabei auf die Ölindustrie des Gegners. In den Raffinerien von Saratow an der Wolga und Nischnekamsk in Tatarstan brachen Brände aus. *AFP/dpa*

Kurz berichtet

Für Veränderungen bei Grenzkontrollen

BERLIN. Der Polizeibeauftragte des Bundes, Uli Grötsch (SPD), fordert den Einsatz moderner Technik bei den Kontrollen an



Uli Grötsch Foto: dpa/Sören Stache

den deutschen Grenzen, um die hohe Belastung der eingesetzten Beamten zu verringern. Bei der Präsentation seines dritten Tätigkeitsberichts forderte er mehr Flexibilität bei der Ausgestaltung der Kontrollen und stellte die Verhältnismäßigkeit des hohen Aufwands infrage. *dpa*

Sonderförderung für ländliche Kliniken

BERLIN. Im kommenden Jahr erhalten. 128 ländliche Krankenhäuser in Deutschland Fördergelder, weil sie in dünn besiedelten Regionen die medizinische Versorgung sichern müssen. Nach Angaben der Deutsche Krankenhausgesellschaft werden 79,25 Millionen Euro an Sicherstellungszuschlägen verteilt. Demnach ersetzen die Notaufnahmen und Ambulanzen der Kliniken den weggebrochenen niedergelassenen Sektor. *KNA*

Als der Wahlkampf im vergangenen Sommer noch gar nicht richtig Fahrt aufgenommen hatte, war Cem Özdemirs Mantra: Er wolle nichts versprechen. Das sagte der heutige Ministerpräsident auf seiner Tour 2025 häufig. Dann versprach er aber doch etwas: raschen Bürokratieabbau. Das Effizienzgesetz, das viele bürokratische Fesseln lösen soll, hatte er schon Monate vor der Landtagswahl ausformuliert. Nun soll es offenbar noch vor der Sommerpause der erste große Wurf der neuen Landesregierung werden.

Ob das Gesetz die angekündigte Wirkung zeigt, wird sich zeigen. Bis Ende 2027 sollen mit ihm Berichtspflichten für viele Firmen fallen – eine Mammutaufgabe, die das Gros der Baden-Württemberger aber kaum wahrnehmen wird.

Die haben ganz andere Erwartungen an die Landesregierung. Der Staat möge mehr investieren, finden sie: Das ist das Ergebnis des aktuellen BaWü-Checks, der Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Tageszei-

Leitartikel

Wunsch und Wirklichkeit

Das fehlende Vertrauen der Menschen in die Handlungsfähigkeit des Staats ist bedenklich.

VON ANNIKA GRAH

tungen. Geld soll locker gemacht werden – für Kliniken, Schulen, Kitas, Straßen und den Wohnungsbau, damit die Mieten endlich wieder erschwinglich werden. Dinge der Daseinsvorsorge also, von denen die Menschen gewohnt sind, dass der Staat mit ihren Steuergeldern dafür aufkommt. Sparen? Soll das Land nur bei der eigenen Verwaltung – und an der Kultur.

Doch die Wunschliste der Bürgerinnen und Bürger ist so lang, dass die Landesregierung angesichts der finanziellen Lage eigentlich nur Enttäuschungen produzieren kann. Erst

kurzlich machten Grüne und CDU in ihrer gemeinsamen Haushaltskommission Kassensturz. Das Ergebnis ist ernüchternd: Die Deckungslücke beläuft sich auf fünf Milliarden Euro. Um die absehbaren Ausgaben zu decken, müssen alle Register gezogen werden. So wird etwa die Konjunkturkomponente der Schuldenbremse genutzt. Heißt: In wirtschaftlich mauen Zeiten darf der Staat Kredite aufnehmen, die zurückgezahlt werden, wenn die Steuereinnahmen wieder sprudeln. Darüber hinaus bekommen alle Ministerien eine strenge Sparauflage. Zudem

will das Land eine Ausnahmeregelung innerhalb der Schuldenbremse einführen, um Kredite für Kommunen aufnehmen zu können. Andere Möglichkeiten für zusätzliche Kredite, die der Bund geschaffen hat, schließt Grün-Schwarz bislang kategorisch aus. So bleiben gerade mal 300 Millionen Euro für Mehrausgaben: eine klägliche Summe angesichts des Investitionsbedarfs und der milliardenschweren Wunschliste der Bürgerinnen und Bürger.

Geld zu sparen, das für Prozesse in der Verwaltung vorgesehen ist, ist keine schnelle Lösung. Die lang versprochene



Reförmchen statt Steuerreform

Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD) spricht von einer Steuerreform, viele Kritiker sehen das deutlich anders. Es profitieren vor allem Familien mit Kindern. Wichtige mögliche Schritte hat die Regierung nicht gewagt.

■ Von Jaqueline Westermann

BERLIN. Von Mogelpackung bis Enttäuschung – die geplante Steuerreform ist noch nicht umgesetzt, da häuft sich schon die Kritik. Zwar betont die SPD, dass entlastet werde, vor allem bei Familien. Doch eine Entlastung von 500 Euro pro Person, die SPD-Chefin Bärbel Bas vor einigen Wochen forderte, die wird es nicht werden.

„Eine Reform ist es nicht wirklich, vielmehr ist es lediglich eine kleine Anpassung im Steuertarif“, erklärt Finanzprofessorin Dominika Langenmayr von der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. „Der Grundfreibetrag macht den Löwenanteil aus. Er wird hochgesetzt, weil das verfassungsrechtlich geboten ist, um die Inflation auszugleichen.“ Was die Regierung als Reform darstellt, ist im Prinzip nur ein Ausgleich der sogenannten Kalten Progression, also eine Anpassung des Steuertarifs an die Inflation. Nur weil das Kindergeld zusätzlich deutlich erhöht wird, ergeben sich die Entlastungen für Familien.

Dass die Reform nicht größer ausgefallen ist, überrascht Finanzexpertin Langenmayr kaum: „Wir haben rund 45 Millionen Steuerzahler. Wenn jeder um mehrere Hundert Euro entlastet werden soll, wird das richtig teuer.“ Der Haushalt gebe keine Spielräume dafür her. Dennoch hätte sie sich mehr gewünscht, etwa eine „wirkliche Vereinfachung der Steuererklärungen“. Es müsse mehr mit Pauschalen gearbeitet werden, um die kleinteilige Zettelwirtschaft fürs Absetzen von der Steuer abzuschaffen.

Auch eine Reform des Ehegattensplittings wünscht sich Langenmayr. „Oder zumindest eine Abschaffung der Steuerklassen 3 und 5 und stattdessen für Ehepaare die Veranlagung beider Partner in der Steuerklasse 4 verpflichtend machen“, schlägt sie vor. „Das hätte positive Effekte für den Arbeitsmarkt.“ Aber: Der monatliche Lohnsteuerabzug wäre bei Paaren dann deutlich höher, gibt sie zu bedenken.

Stefan Bach vom Deutschen Institut für Wirtschaftsfor-



Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD) hat die Pläne für eine Steuerreform vorgelegt. Foto: dpa/Carsten Koall

schung geht nicht davon aus, dass die Pläne wirkliche Impulse für die Konjunktur auslösen werden. Er habe mehr erwartet. So traue sich die Regierung nicht an tiefgreifende Reformen heran wie eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, eine Einschränkung der Erbschaftsteuerprivilegien oder gar eine

Vermögenssteuer oder Vermögensabgabe. Die moderate Steuererhöhung für absolute Spitzenverdiener hält Bach für einen symbolischen Schritt.

Der aktuelle Vorschlag sieht vor, den Reichensteuersatz ab einem zu versteuernden Einkommen von 250.000 Euro auf

Digitalisierung könnte helfen, Kosten zu senken. Auch eine Gemeindereform, wie sie viele Befragte des BaWü-Checks befürworten, könnte helfen, Doppelstrukturen und damit Doppelfinanzierung abzubauen. Es sieht aber indes danach aus, dass Grün-Schwarz dieses Großprojekt schnell angeht.

Große Sprünge – etwa bei Investitionen in die Infrastruktur – sind also erst einmal nicht zu erwarten, auch wenn die Landesregierung an vielen Stellschrauben dreht und auch teure Neuerungen wie den von Herbst an geltenden Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen einführen wird.

Trotz allem dürfte sich die Enttäuschung in Grenzen halten, denn hoch sind die Erwartungen ohnehin nicht. Nur zwei von fünf Befragten im BaWü-Check trauen Grün-Schwarz zu, die Zukunftsprobleme im Land anzugehen. Das ist das eigentlich bedenkliche Ergebnis der Umfrage. Die Landesregierung sollte alles tun, um das Vertrauen in ihr Handeln wiederherzustellen und die Zweifler eines Besseren belehren.

45 Prozent festzulegen und von 280.000 Euro an 48 Prozent zu fordern. Das heißt, Menschen, die sehr gut verdienen, zahlen höhere, der Großteil der Steuerzahler würde entlastet.

Vom Ausgleich der Kalten Progression profitieren hauptsächlich niedrigere Einkommen, sagt Ökonom Bach. Laut Bach fällt die Entlastung durch die Erhöhung des Kindergelds stärker ins Gewicht als die steuerliche Entlastung, daher profitieren primär Familien, unabhängig vom Verdienst.

Der Steuerprofessor Frank Hechtner hat für unsere Redaktion berechnet, dass beispielsweise ein Single ohne Kinder mit einem monatlichen Bruttoeinkommen von 3500 Euro um 120 Euro im kommenden Jahr entlastet würde, eine Alleinerziehende mit einem Kind mit demselben Einkommen aber um 211 Euro. Im Spitzenverdienerbereich käme es hingegen zu Belastungen: Der Single, der 25.000 Euro im Monat verdient, wird künftig 690 Euro Steuern im Jahr mehr zahlen müssen, die Alleinerziehende mit demselben Gehalt 209 Euro.

Die Karikatur



Die Trump-Show

Karikatur: Tomicek

Grüne rufen Karlsruhe an

Das Bundesverfassungsgericht soll entscheiden, ob die große Reform des Gesundheitssystems am Freitag im Parlament verhandelt wird.

BERLIN. Die Grünen wollen die für Freitag geplante Abstimmung zum Krankenkassen-Sparpaket im Bundestag verhindern. Der Gesundheitsexperte der Bundestagsfraktion, Janosch Dahmen, kündigte am Mittwoch an, dass er das Bundesverfassungsgericht einschalten wolle. Dahmen kritisiert, das Gesetzgebungsverfahren sei chaotisch. Eine gewissenhafte Prüfung sei dem Parlament nicht möglich.

Zur Krankenkassenreform hatte die Co-Fraktionschefin der Grünen, Katharina Dröge,

im ZDF-Morgenmagazin erklärt, der Gesetzentwurf werde „in einem absoluten Eilverfahren durch den Deutschen Bundestag gezogen“. Erst am Montag hätten die Abgeordneten 300 Seiten Änderungsanträge bekommen. Am Tag darauf habe die Koalition gesagt, „die waren fehlerhaft und müssen noch mal neu gemacht werden“. Dröge sagte, eine Abstimmung im September sei machbar. Auch im Kreis der Länder regt sich Widerstand gegen eine schnelle Entscheidung des Bundesrats. Mecklenburg-Vor-

pommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig kündigte an, dass ihr Land der dazu notwendigen Fristverkürzung für die Beratungen nicht zustimmen werde.

Die schwarz-rote Koalition will das Sparpaket an diesem Freitag im Bundestag beschließen. Es soll dann direkt in den Bundesrat kommen, der am Freitag zum letzten Mal vor der Sommerpause zusammentritt. Das Gesetz ist dort nicht zustimmungsbedürftig, die Länderkammer könnte das Verfahren aber bremsen. *dpa/KNA*